



Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller, Martina Fehlner, Natascha Kohnen, Volkmar Halbleib, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild SPD**

Menschenrechtsverletzungen in Kasachstan: Solidarität mit der Zivilgesellschaft

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag

- betrachtet es in Unterstützung der Entschließung des Europäischen Parlaments zur Situation in Kasachstan (2022/2505(RSP)) mit großer Sorge, dass sich die Menschenrechtsslage in Kasachstan in den vergangenen Monaten dramatisch verschlechtert hat,
- verurteilt scharf die Gewalttaten, die im Anschluss an friedliche Proteste im Januar 2022 in Kasachstan verübt wurden und fordert die Staatsorgane Kasachstans eindringlich auf, ihren internationalen Verpflichtungen nachzukommen und die Menschenrechte und Grundfreiheiten zu achten und alle politischen Gefangenen umgehend freizulassen und vollständig zu rehabilitieren sowie die Praxis der Folter und Misshandlung in Haftanstalten umgehend einzustellen,
- bedauert zutiefst den Verlust von Menschenleben und spricht den Opfern und ihren Angehörigen sein Beileid aus.

Der Landtag stellt fest,

- dass der Befehl von Kasachstans Präsident Toqayev am 7. Januar 2022, ohne Vorwarnung mit scharfer Munition gezielt auf Demonstranten zu schießen, gegen die völkerrechtlichen Verpflichtungen Kasachstans zur Achtung und zum Schutz des Rechts auf Leben verstößt,
- dass die Staatsorgane Kasachstans schon seit langer Zeit die Grundrechte eingeschränkt haben, darunter das Recht auf friedlichen Protest, die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung,
- dass Kasachstan in der Rangliste der Pressefreiheit von „Reporter ohne Grenzen“ im Jahr 2021 an 155. Stelle von 180 Ländern steht,
- dass die Staatsorgane Kasachstans ihre ins ausländische Exil gezwungenen Gegner politisch verfolgen.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, in geeigneter Weise ihren Einfluss innerhalb der EU geltend zu machen, die genannten Menschenrechtsangelegenheiten zur Sprache zu bringen und eine europäische Strategie zur Solidarität mit der kasachischen Zivilgesellschaft und Demokratiebewegung zu unterstützen.

Begründung:

Ab dem 2. Januar 2022 haben tausende Menschen in kasachischen Städten friedlich gegen die Entscheidung der kasachischen Regierung protestiert, die Preisobergrenze für Flüssiggas aufzuheben, was zu einem steilen Preisanstieg geführt hat. Die Proteste breiteten sich rasch auf über 60 Regionen aus. Es ging um die Forderung demokratischen politischen Wandels, fairer Wahlen und wirksamer Maßnahmen zur Bekämpfung von Korruption.

Seit Beginn der Proteste im ganzen Land wurden fast 10 000 Menschen inhaftiert und mindestens 225 Menschen getötet, darunter Kinder und Personen, die nicht an den Protesten teilgenommen haben. In Kasachstan kam es seitdem verstärkt zu willkürlichen Festnahmen und Repressalien, die sich insbesondere gegen Menschenrechts- und religiöse Organisationen, Teile der Zivilgesellschaft, Gewerkschaften, Medienschaffende und Bewegungen der politischen Opposition richteten.

Die Staatsorgane Kasachstans haben eine breit angelegte Desinformationskampagne, Internetsperren und Medienblockaden initiiert, um die staatliche Beteiligung an der Gewalt gegen die eigene Bevölkerung zu vertuschen und die friedlichen Demonstrationen zu diskreditieren. Medienbeobachter werden von staatlichen Kräften angegriffen und ausländischen Korrespondenten wird die Einreise in das Land verweigert. Regierungsunabhängige Menschenrechtsorganisationen und Wahlbeobachtungsorganisationen sind in Kasachstan zunehmendem Druck durch die staatlichen Stellen ausgesetzt.

Bayern hat u. a. mit Blick auf mehrere Delegationsreisen insbesondere des Wirtschaftsministeriums (Delegationsreisen von Staatssekretärin Katja Hessel 2012 und Staatssekretär Franz Josef Pschierer 2016) seine Kontakte zu Kasachstan in den letzten Jahren deutlich intensiviert. Kasachstan ist wichtigster Wirtschaftspartner Bayerns in Zentralasien (bilaterales Handelsvolumen 2018: 2,8 Mrd. Euro). Wichtig ist der Import von Rohstoffen aus Kasachstan, in umgekehrter Richtung der Export bayerischer Technologien. Es existieren aktuell 13 Kooperationen bayerischer Hochschulen mit kasachischen Hochschulen.

Bestehende Kontakte sollen in diesem Kontext genutzt und ausgebaut werden, um die gravierenden Menschenrechtsverletzungen in Kasachstan in geeigneter Weise zum Thema zu machen.